

Biebricher Tagespost

Biebricher Neueste Nachrichten.

Ercheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Botenfrauen frei ins Haus gebracht 85 A monatlich. Bezugskarten, für 4 Nummern gültig, 10 A. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Biebricher Tagblatt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Anzeigenpreis: Die erste, Colonnezettel 20 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Druck- u. Lagerkosten ohne Verbindlichkeit. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für die Reklame- u. Anzeigenteil sowie für den Druck und Verlag Paul Jorckich, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag der Hofbuchdruckerei Guido Seidler in Biebrich.

Sternprecher 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

Nr 15.

Freitag, den 18. Januar 1918.

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

57. Jahrgang.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

(Schluß des Berichts über die Mittwoch-Sitzung)

Am Brest-Litowsk, 16. Januar. Nach der Rede Trotski's sprach Herr von Kühlmann das Wort und erklärte: Was die Reden des Generals Hoffmann betrifft, so möchte ich sowohl für mich als für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die tatsächliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Redner vollkommen richtig erkannt. Der Reichstag, der einzig verantwortliche Organismus, verteilt auf dem Geopfer der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Anweisungen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Heberziehung, in der ich mich mit dem General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß mich meine eigenen Auffassungen keineswegs im mindesten beeinflussen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die russische Delegation in der Lage ist, auf dem Verhandlungswege einzuwirken, und daß wir es ablehnen, aus reiner Eitelkeit gegen die These für einen lustigen Raum Platz zu schaffen.

Trotski erklärte hierauf: Seines Erachtens könne jetzt mit der Festsetzung der beiden Annahmen, die vorgebracht worden sind, umgegangen werden. Er müßte jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Wille der Deutschen beitreten könne, daß nach ihm die Unterzeichnung der Bedingungen hinter sich einen freien Raum zurücklassen würde. Soweit es sich um technische Schwierigkeiten handle, wie das Fehlen der eigenen Eisenbahnen, Post usw., so könne man in solchen Fällen stets zu einer Einigung gelangen auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber weist Herr von Kühlmann darauf hin, daß nach den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit der betreffenden Gegenden eine sehr wichtige Rolle spielen. Darauf beantragt Herr von Kühlmann, über die von der russischen Delegation vorgebrachten vier Punkte in geschäftsmäßige Verhandlungen einzutreten.

Nachdem Trotski sich diesem Vorschlag angeschlossen hat, wird die nächste Sitzung für Donnerstag anberaumt.

Am Brest-Litowsk, 16. Januar. Bei Erörterung des vom Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlags, für die Normative der erstehenden Abfertigung in den besetzten Gebieten der Ostpreußen zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und dem Beginn einer neuen, nach dem allgemeinen Friedensschluß zu beginnenden, Periode, hat Herr von Kühlmann erklärt, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei. Er habe sich für die Besetzung der Ostpreußen ausgesprochen, weil er glaube, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei. Er habe sich für die Besetzung der Ostpreußen ausgesprochen, weil er glaube, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei.

Die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei. Er habe sich für die Besetzung der Ostpreußen ausgesprochen, weil er glaube, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei.

Die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei. Er habe sich für die Besetzung der Ostpreußen ausgesprochen, weil er glaube, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei.

Die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei. Er habe sich für die Besetzung der Ostpreußen ausgesprochen, weil er glaube, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei.

Die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei. Er habe sich für die Besetzung der Ostpreußen ausgesprochen, weil er glaube, daß die Besetzung der Ostpreußen ein sehr wichtiger Punkt in der Verhandlung des Friedens sei.

Die Kriegslage.

Der Donnerstag-Tagesbericht.

Am Freitag, Großes Hauptquartier, 17. Januar. Westlicher Kriegshauptquartier. Keine nennenswerten Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Ortungsangriffe. Nordlich von Waidenbach, an der Grenze, bei Dombühl und St. Quentin wurden einzelne Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegshauptquartier. Nordfront. Mazedonische Front. In der Gegend von Krasno Selo erfolgten mehrere Gefechte. Italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Bei Lissa erfolgten am 14. und 15. Januar heftige Kämpfe an Ostfronten 12 Offiziere und mehr als 100 Mann erbeutet.

Der Große Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wochenbericht des Großen Hauptquartiers. Am Freitag, 17. Januar, ebenda. Von den Kriegshauptquartieren nichts Neues.

Nach dem Ost- und Westbericht vom gleichen Tage: Italienische Kriegshauptquartier. Südliche Front. In der Gegend von Waidenbach und Waidenbach erfolgten mehrere Gefechte. Nordlich von Waidenbach, an der Grenze, bei Dombühl und St. Quentin wurden einzelne Engländer gefangen.

hat dem durch den Krieg geschaffenen Zustand ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus dem dargelegten Grunde unzulässig sei, die Grenzschreitungen vorzeitig zu beschleunigen.

Die Sitzung wurde am 5 Uhr nachmittags vertagt.

Die Redaktionsführung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes der Räumung zu Ende geführt und mit Bedauern festgestellt, daß auf der Generalität, trotzdem die von uns ausgeschriebenen Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Übereinstimmung, auf unsere Vorschläge in irgend einer Weise einzugehen. Wir wollen übergeben, um zweiten Punkt dieser Diskussion, der sich leicht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die

Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes

erfolgen soll. Die Hauptfrage wird sein, inwiefern die Freiheit der Abstammung bei der Wahl zu der vorgeschriebenen Bestimmungen durch die Gegenwart unserer Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird.

Die verschiedenen Delegationen sind von der vollkommen richtigen Ansicht ausgegangen, daß die Abstammung politische Freiheit sicherzustellen, das mit den Umständen verträglich ist. Es ist für jeden klar, daß selbst bei Durchführung einer nationalen Garbarmerie, zu der die verschiedenen Verbände bereit sind, der Selbstbestimmungsrecht in diesen weiten und unklaren Gebieten innerhalb der Zeitpanne, in der die Abstammung herbeigeführt werden möchte, nicht so vollkommen zu realisieren ist, daß auf militärische Sicherheit der Ordnung ganz verzichtet werden könne. Das Minimalprogramm der Verwirklichung ist in vorläufiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt.

Herr Trotski erklärte, er könne jetzt nicht die Frage, die an ihn gestellt wurde, beantworten, die für die Verhandlungen von praktischer Wichtigkeit sein würden, und es sei einleitend, daß die Feststellung aller übrigen hierher gehörigen Fragen, nämlich diejenigen von der Räumung durch die Truppen, kein Hindernis schaffen könne, um er wünschenden Bedingungen die erwähnte Abstammung zu realisieren. Zunächst müßte er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Abstammung sehr schweren Eintrag tun würden. In sehr engem Zusammenhang mit dem oben behandelten Frage steht die Frage der Besetzung der Gebiete in der besetzten Gebiete. Selber Ratich nach könne die Abstammung erst stattfinden, wenn diese Besetzung und Kontrollen zurückgeführt seien. Die in dem von der russischen Delegation vorgebrachten vier Punkten über die Besetzung der Ostpreußen verarbeitete Normierung erweise ihm mit zu dem einleitenden Fragen.

Staatssekretär von Kühlmann nach ohne weiteres zu, daß grundsätzlich die Besetzung der Gebiete in ihre Heimat zurückzuführen. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbürokratie, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu machen seien. Er bitte den Redner, ihm zur Erleichterung des Herablassens der russischen Delegation hierüber vorliegende Material zu schicken, wenn Herr Trotski sich bereit erklärt.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Am Budapest, 17. Januar. Die ungarische Triebkraft, welche sie nicht rein politische Ziele verfolgt, vorbehaltlos den Aufforderungen des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Grafen Czernin bei. Es wird darauf hingewiesen, daß das bestimmte Votum der beiden Staatsmänner zur Klärung der Lage wesentlich beitragen.

Die bairische Vertretung in Brest-Litowsk.

Am Brest-Litowsk, 17. Januar. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der Entschluß des bairischen Staatsministers a. D. Graf von Todebnick nach Brest-Litowsk, wie wir schon, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Hinblick auf die Berliner Heberziehung vom 22. Dezember 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von Preußen am 14. Februar 1871 ratifiziert wurde. Sie geht dahin, daß bei Friedensunterhandlungen, die nach einem Bundeskrieg stattfinden werden, auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern partizipieren werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligen und durch das Bundesministerium, also durch den deutschen Reichstag, seine Anweisungen erhält.

Am Brest-Litowsk, 17. Januar. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der Entschluß des bairischen Staatsministers a. D. Graf von Todebnick nach Brest-Litowsk, wie wir schon, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Hinblick auf die Berliner Heberziehung vom 22. Dezember 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von Preußen am 14. Februar 1871 ratifiziert wurde. Sie geht dahin, daß bei Friedensunterhandlungen, die nach einem Bundeskrieg stattfinden werden, auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern partizipieren werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligen und durch das Bundesministerium, also durch den deutschen Reichstag, seine Anweisungen erhält.

Am Brest-Litowsk, 17. Januar. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der Entschluß des bairischen Staatsministers a. D. Graf von Todebnick nach Brest-Litowsk, wie wir schon, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Hinblick auf die Berliner Heberziehung vom 22. Dezember 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von Preußen am 14. Februar 1871 ratifiziert wurde. Sie geht dahin, daß bei Friedensunterhandlungen, die nach einem Bundeskrieg stattfinden werden, auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern partizipieren werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligen und durch das Bundesministerium, also durch den deutschen Reichstag, seine Anweisungen erhält.

Frankreich.

Caillaux.

Am Paris, 16. Januar. Meldung der Agencia Stefani. „Giornale d'Italia“ schreibt: Das Geheimnis, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen „Madame Renouard“, dem Namen seiner Frau, behielt, wurde in der letzten Woche geöffnet und enthält erlitten Schmachlachen im Werte von ungefähr einer halben Milliarde, 2 russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1 1/2 Millionen und 3. drei politische Aktenmappen. Die erste Mappe enthält unter dem Titel „Meine Abschnitte“ Briefe, die zwischen Caillaux und einigen jüdischen Persönlichkeiten gewechselt worden sind, die ihn dringend um Geld und Hilfe bitten, um nach Frankreich gehen zu können. Caillaux lehnte beständig ab. Die zweite Aktenmappe enthält die Briefe mehrerer französischer Setzmaschinenfabrikanten, besonders Mamerendas. In allen diesen Briefen befindet sich keine Anspielung auf italienische Angelegenheiten. Die dritte Aktenmappe ist die umfangreichste, wichtigste und eindrucksvollste. Sie ist in zwei Teile geteilt und enthält ein ausführliches merkwürdiges politisches Programm, das von Caillaux aufgestellt und unterschrieben ist und in Frankreich veröffentlicht werden sollte, wenn er, wie er hoffte, zum Ministerpräsidenten ernannt werden würde. Dieses Programm würde in der Öffentlichkeit ein Tumult gegen den Staat hervorrufen haben und wäre eine wirkliche Umwälzung und Umgestaltung der öffentlichen Gewalten und Center. Caillaux gibt die Namen der Deputierten, Senatoren und Generale an, die er in sein Ministerium berufen haben würde. Caillaux würde die Verfassung, die Verfassung und alle Verträge, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in jener letzten Zeit geleitet haben, Brand eingeschlossen, angeordnet

haben. Dieses Programm sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarrail anvertraut worden wäre und zwei Sonderregimenter, aus vorläufigen Soldaten gebildet, nach Paris berufen werden sollten mit ihren Generalen, die Caillaux als seine ergebenen Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer ein Projekt genehmigen lassen, das Caillaux den „Ruhigen“ nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelte sich um einen wirklichen Staatsstreich. Kammer und Senat würden aufgelöst worden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich eine äußerste Anstrengung zu machen gehabt, um irgend einen Sieg an der Front oder einen diplomatischen Sieg davonzutragen, um im Falle des Sieges der Volkswahl die Friedensverträge unterzeichnen zu können. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen Regierungsform verschieden gewesen, wenn die republikanische Staatsform gewahrt worden wäre. Die neue Regierungsform hätte den Staat mehr bekräftigt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Im übrigen wäre der Staat beibehalten worden mit Wochenschriften, die von den gegenwärtigen sehr verschieden wären. Dieser planmäßige Plan Caillaux war voll von Einzelheiten über die Zusammenlegung des neuen Ministeriums, über die Militärorganisation von Paris, besonders während des Regierungswechsels und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären. Der frühere Minister Venues wäre zum Botschafter in Rom ernannt worden, die Nachfolgerung wurde im Auftrag der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen.

Am Paris, 17. Januar. In den Verhandlungen des Senates verhandelt, daß die Verhaftung des Generals Sarrail wegen seiner Beziehungen zu Caillaux befohlen.

Zur Verhaftung Caillaux.

Die amerikanische Botschaft in London veröffentlicht zwei Telegramme der deutschen Botschaft in Washington. Das erste ist von Bernstorff an die deutsche Regierung am 4. Februar 1915 gerichtet. Darin heißt es:

Am Buenos Aires telegraphiert folgendes: Nr. 22. Caillaux hat Buenos Aires nach kurzem Aufenthalt verlassen und reist direkt nach Frankreich. Er spricht mit Begeisterung über den Präsidenten und den Fall der französischen Regierung mit Ausnahme Briand's. Er durchschaut Englands Politik vollkommen. Er erwartet keinen Militär in Frankreich. Er sieht in dem Krieg nur einen Kampf um das Dasein von England. Obwohl er sprach die „Andeutung“ eines „unheimlichen“ Vorfalles der „Wahrscheinlichkeit“ sprach und versicherte, die deutsche Botschaft zu alarmieren, hat sich seine politische Richtung im Wesentlichen geändert. Caillaux war von den indirekten Hoffnungen mehrerer sehr einflussreichen, bestimmte aber, er würde auf der Verhaftung von Caillaux die Verantwortung über sich herladen lassen. Er warnte vor dem übertriebenen Jubel, das unsere Zeitungen, vor allem die „New York Tribune“, ihm spendeten und wünschte andererseits, daß die Abmachungen über das Mittelmeer und Karolitzo Ironia kritisiert würden. Unter der Leitung seiner Frau in Frankreich.

Das zweite Telegramm geht von der deutschen Marine-Attache aus und ist an den Admiralstab gerichtet. Es lautet:

haben. Dieses Programm sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarrail anvertraut worden wäre und zwei Sonderregimenter, aus vorläufigen Soldaten gebildet, nach Paris berufen werden sollten mit ihren Generalen, die Caillaux als seine ergebenen Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer ein Projekt genehmigen lassen, das Caillaux den „Ruhigen“ nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelte sich um einen wirklichen Staatsstreich. Kammer und Senat würden aufgelöst worden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich eine äußerste Anstrengung zu machen gehabt, um irgend einen Sieg an der Front oder einen diplomatischen Sieg davonzutragen, um im Falle des Sieges der Volkswahl die Friedensverträge unterzeichnen zu können. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen Regierungsform verschieden gewesen, wenn die republikanische Staatsform gewahrt worden wäre. Die neue Regierungsform hätte den Staat mehr bekräftigt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Im übrigen wäre der Staat beibehalten worden mit Wochenschriften, die von den gegenwärtigen sehr verschieden wären. Dieser planmäßige Plan Caillaux war voll von Einzelheiten über die Zusammenlegung des neuen Ministeriums, über die Militärorganisation von Paris, besonders während des Regierungswechsels und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären. Der frühere Minister Venues wäre zum Botschafter in Rom ernannt worden, die Nachfolgerung wurde im Auftrag der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen.

Am Paris, 17. Januar. In den Verhandlungen des Senates verhandelt, daß die Verhaftung des Generals Sarrail wegen seiner Beziehungen zu Caillaux befohlen.

Zur Verhaftung Caillaux.

Die amerikanische Botschaft in London veröffentlicht zwei Telegramme der deutschen Botschaft in Washington. Das erste ist von Bernstorff an die deutsche Regierung am 4. Februar 1915 gerichtet. Darin heißt es:

Am Buenos Aires telegraphiert folgendes: Nr. 22. Caillaux hat Buenos Aires nach kurzem Aufenthalt verlassen und reist direkt nach Frankreich. Er spricht mit Begeisterung über den Präsidenten und den Fall der französischen Regierung mit Ausnahme Briand's. Er durchschaut Englands Politik vollkommen. Er erwartet keinen Militär in Frankreich. Er sieht in dem Krieg nur einen Kampf um das Dasein von England. Obwohl er sprach die „Andeutung“ eines „unheimlichen“ Vorfalles der „Wahrscheinlichkeit“ sprach und versicherte, die deutsche Botschaft zu alarmieren, hat sich seine politische Richtung im Wesentlichen geändert. Caillaux war von den indirekten Hoffnungen mehrerer sehr einflussreichen, bestimmte aber, er würde auf der Verhaftung von Caillaux die Verantwortung über sich herladen lassen. Er warnte vor dem übertriebenen Jubel, das unsere Zeitungen, vor allem die „New York Tribune“, ihm spendeten und wünschte andererseits, daß die Abmachungen über das Mittelmeer und Karolitzo Ironia kritisiert würden. Unter der Leitung seiner Frau in Frankreich.

Das zweite Telegramm geht von der deutschen Marine-Attache aus und ist an den Admiralstab gerichtet. Es lautet:

Der „Temple“ „L'Humanite“ hat Buenos Aires am 30. Januar berichtet. Der Kapitän hat wichtige Papiere bei sich. Inhalt des Papiers ist sehr erhellend. Caillaux ist ein Verräter. Wenn das Schiff nach Paris wird, muß Caillaux zum Land kommen und hängig behandelt werden. Können Sie unsere Kreuzer hieron in Kenntnis setzen?

Die amerikanische Botschaft hat die beiden Telegramme eine deutsche Zeitungsdurchsicht vom 6. Juni 1917 ist: „Aus politischen Gründen wird dringend ersucht, über Caillaux nichts zu schreiben und seinen Namen unter keinen Umständen zu erwähnen.“

Wenn die Botschaften aus Amerika auf Wahrheit beruhen sollten, so zeigen sie nur, daß Caillaux die Lage Frankreichs richtigler erkannt hat als die meisten Beobachter. Wenn ein ähnliches Urteil über die französische Regierung, die gerade am Absterbepunkt steht, hätte Clemenceau schon hundertmal erschossen werden müßte.

Rußland.

Waren die Botschaften aus Amerika auf Wahrheit beruhen sollten, so zeigen sie nur, daß Caillaux die Lage Frankreichs richtigler erkannt hat als die meisten Beobachter. Wenn ein ähnliches Urteil über die französische Regierung, die gerade am Absterbepunkt steht, hätte Clemenceau schon hundertmal erschossen werden müßte.

Englands diplomatisches Verhältnis zu Rußland.

Am englischen Unterhaus beantwortete Caillaux einige Anfragen über die diplomatischen Beziehungen Englands zu der Petersburger Regierung. „Wir haben die neue Gewalt nicht als die russische Regierung anerkannt, weder de facto noch de jure, aber wir werden es bald mit ihr in Verbindung mit ihr als durch Vereinbarung eines Abkommens, der unter der Leitung unserer Petersburger Botschaft steht. Die maximalistische Gewalt hat Litwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt, und wir haben vor, ähnliche halbamtliche Beziehungen auch zu ihm anzuschließen. Nachdem, der unter der vorigen russischen Regierung als russischer Gesandter hier tätig war, wird vermutlich in London bleiben, bis er von der als Vertreterin des russischen Volkes anerkannten Regierung in seinem Amte bekräftigt oder aus ihm entlassen wird. Die gegenwärtige Ordnung ist unzureichend und sehr unklar. Es ist ein sehr wichtiger Punkt in der diplomatischen Verhandlung, ist sie unteres Erachtens diejenige, die den dringenden Anforderungen des Augenblicks am besten entgegenzukommen vermögen.“

Am Berlin, 16. Januar. Das deutsche Bureau bringt die fortgesetzt aufsehenerregende Nachricht, nämlich eine der englischen Industrie angehörige Kommission 257 britische deutsche Bestimmungen über die Bereinigung von Stahlwerken aus der Schweiz nach England mitgebracht habe. Die Hilfe des englischen Auswärtigen Amtes seien die britischen Verträge über nach England abgeschickt worden. Die Kommission will nicht ein Monopol gründen, sondern nur ihr Material der englischen Regierung und dem auch die Verwendung in englischen industriellen Betrieben. — Das deutsche Bureau will damit anstreben machen, es wäre nun ergeblich, neben mit der Heberziehung der deutschen Stahlindustrie. Es gibt damit zu, daß die in den vorangehenden drei Kriegsjahren mit vielen finanziellen Opfern in England unternommenen Versuche der Begründung einer leistungsfähigen englischen Stahlindustrie

Bisher keinen Erfolg hatten. Die englische Regierung scheute sich...

Die „Regelung“ der Ost- und Westfragen.

Ueber das Ergebnis der zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Seeresleitung abgehaltenen Konferenz...

Kriegsminister v. Stein über die Westfront.

Der Berliner Mitarbeiter des „Bund“, „Hilf“, hatte eine Unterredung mit dem Kriegsminister General von Stein...

Kleine Mitteilungen.

Ein Tauchboot an der amerikanischen Küste? Das „Coyote“ meldet aus New York, dort habe das Boot...

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

Der Bericht über die Mittwochssitzung war verspätet eingetroffen und offen mit ihm daher erst heute folgen.

St. althausische Inszenierung für 1918.

Finanzminister Herrschel: Von der inneren politischen Entwicklung haben wir das Gefühl der Erleichterung...

Bernab!

Original-Roman von A. Courths-Walder

(II. Fortsetzung) (Hilfsdruck verboten) Es waren zahlreiche Geladene erschienen zur Verlobungsfeier...

aus einigsetzenden: der Friede ist auf dem Marsch und wird auf dem Wege bleiben...

Minister des Innern Dr. Drews: Zu den Beschlüssen der Kommission hat die Regierung in der Kommission bereitwillig ihre Zustimmung erteilt...

Annahmen wird ein freisinniger Antrag, wonach das Heeresvermögen um 150 Prozent die Genehmigung der Aufsichtsbörden...

Die Beratung des Antrages Kronlohn (H. 20) auf Zulassung von Frauen zur fähigsten Verwaltungsdienstleistung...

Helms (Schlichter der Kom.) Die Schritte der Frauen beruht in ihrer Stellung als Mutter und Hausfrau...

Der Antrag der Kommission, wonach Frauen zu Militärämtern fähigster Verwaltungsdienstleistungen, der lokalen Fürsorge...

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen verlegt sich das Haus auf Samstag.

Arbeitsrat. Der Antrag Graf v. Lehrenhof, Graf v. Kallenberg-Rehder, Graf v. Waldenburg...

Tante Maria war einhellig und hatte sich nach dem Tode von Vore's Mutter erboten, die Waise zu sich zu nehmen...

Die heitere, lebensfrohe und grobherzige Frau, die alle Lebensweisheit in dem Wort: Alles verheißt — heißt alles verheißt...

Da ihm am Ende herrschte noch eine letzte Geliebte, deren geliebter Mittelpunkt sie war...

Hans-Georg war ihr Liebhaber; mit einem Vater verband sie eine treue Freundschaft...

Dabei war sie zu Vore in ein sehr herrliches Verhältnis getreten. Sie betrachtete Vore als zugehörig zur Familie...

Vore hina mit inniger Verehrung an der alten Dame, die sie auch Tante Maria nennen mochte.

Alle Tante Maria sah neben Hans-Georg. Unter ihrem grauen Haar blühten die arabischen blauen Augen noch recht jung und lebhaft...

Es ist eine Freude, wie entzückt Vore sich entsetzt hat, tante sie leise zu Hans-Georg. Mir ist noch nie so gefallen, wie heute...

Hans-Georg sah zu Vore hinüber, die sie mit einer alten Dame unterhielt. Seine Augen blühten stoll. Tante Marias Worte trauten ihm, als hätte er selbst Anteil an ihrem Lobe.

Ja, Tante Maria, ein lieber, prächtiger Mensch ist die Vore. Die hat uns ein ertra außer Sterblichem Haus geführt. Vater sagt so oft — sie ist ein Segen für uns.

Die alte Dame nickte. Ja, der liebe Gott hat auch durch Vore selbst verstanden, was ihr an ihr getan hat.

Was habt ihr denn für Heimlichkeiten, ihr beiden? fragte Herr von Hohenstein über den Tisch hinüber.

Kaiser in Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte, voll gemacht werden. Dieser Friede muß den größten Opfer...

Tages-Rundschau.

Stuttgart. Der Gesundheitszustand des Bizekanzlers von Tager hat sich, wie man hört, so weit gebessert...

Christiania. In nächster Zeit soll eine neue skandinavische Königszukunft in Stockholm stattfinden.

Der Rücktritt des Chefs des Stellkabinetts.

Berlin. Wie die „Neuzugung“ aus guter Quelle erzählt, ist der Chef des Stellkabinetts des Kaisers, Geh. Rat v. Valentini...

Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

Der Kaiser hat die Bitte des Stellkabinetts im am 1. Oktober 1855 als Sohn eines Vermögensbesizers in Kassel, Kreis Angermünde...

Als Oberpräsident von Ostpreußen, v. Berg, ernannt. Rudolf v. Valentini stammt aus einer Familie, die dem preussischen Heere eine Reihe verdienter Offiziere gegeben hat.

